

25. Februar 2019 - Gemeinderatssitzung

Haushaltsdebatte

Sehr geehrter Bürgermeister Geiger,
sehr geehrter Herr Gallasch,
liebe Frau Fischer,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
verehrte Damen und Herren,

in diesem Jahr haben wir aus mehreren Gründen eine besondere Haushaltsdebatte. Seit ich im Gemeinderat bin, war sie noch nie so spät. Wir haben bereits den 25. Februar und beschließen den Haushalt dieses Jahres. Dazu gibt es natürlich auch einen Grund: Die Verwaltung hat den Haushalt auf die doppelte Haushaltsführung umgestellt und gehört damit noch zu den ersten Städten in der Region - großes Lob. Zusätzlich tagen wir heute ohne unseren Oberbürgermeister, Markus Ewald, dem wir eine gute Genesung wünschen. Und zuletzt handelt es sich beim Haushalt 2019 um den Haushalt der mit den Krankenhausfinanzen einen Abschluss macht und der den Start des großen Schulprojektes darstellt.

Unter Berücksichtigung dieser doch sehr besonderen Voraussetzungen ist es mir ein Anliegen zu allererst den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung zu danken. In Bezug auf die Doppik kann man wohl sagen, dass alle dazu beigetragen haben, dass heute Frau Fischer und Herr Gallasch eine Haushaltsplanung 2019 vorstellen können, welche grundsätzlich umsetzbar ist und gute Aussicht auf Genehmigung durch das Regierungspräsidium hat.

Die gute Nachricht ist die unerwartet hohe Einnahme bei den Gewerbesteuern. Dennoch ist die Realisierung der Schulentwicklung über das Jahr 2019 nicht gesichert. Hier müssen wir Schritt für Schritt bzw. Jahr für Jahr prüfen wie viel investiert werden kann. Die schlechte Nachricht sind die hohen Schulden, die fehlende Finanzstärke sowie die enorme Steigerung der Personalkosten.

Ich möchte diese Haushaltsdebatte nutzen um ein paar grundsätzliche Entwicklungen zu betrachten und die Auswirkung auf den Haushaltsplan 2019 zu beschreiben:

Gewerbesteuer - Gesamtsteuer

Beim Gewerbesteuer-Hebesatz mit 380 %-Punkten sind wir auf Platz 7 von 96 großen Kreisstädten in Baden-Württemberg (Haushaltsanalyse der IHK Bodensee-Oberschwaben 2017). In der Region Bodensee-Oberschwaben sogar auf Platz 1. Beim Steuerertrag sind wir jedoch nur auf Platz 69. Im Jahr 2017 hatten wir 1.263,00 € pro Einwohner an Steuereinnahmen. Das ist überschaubar.

Bei der Gewerbesteuer belegten wir in 2017 Platz 53 mit 552,00 € pro Einwohner. Ravensburg hat 853,00 € pro Einwohner und belegt damit Platz 18. Bei ungefähr doppelt so viel Einwohner kann man sich den Unterschied bei der Finanzstärke sehr gut vorstellen.

Bei den Erträgen aus Einkommensteueranteilen belegen wir gar nur den 83 Platz von 96 (Ravensburg Platz 37). Dieser Ertrag ist abhängig vom Einkommensteueraufkommen der Einwohner. Warum ist dies in Weingarten eher schwach? 2015 verzeichnete Weingarten 11.293 Einpendler bei 15.424 Erwerbstätigen in Weingarten. Ja, wir haben auch 7.900 Auspendler, dennoch bietet Weingarten mehr Arbeitsplätze an als Bürger erwerbstätig sind. Die Infrastruktur dafür hält aber die Stadt vor: Straßen, Parkplätze, öffentlicher Raum etc. Dieser Effekt wird uns noch an anderen Stellen auffallen. Die großen Wohngebiete entstehen im Umland. Arbeit, Freizeit, Kultur und Schule findet in Weingarten statt. Dies ist und bleibt unsere Herausforderung.

Auch wenn die Gewerbesteuereinnahme in 2018 erfreulich positiv ausfällt, bleibt das Missverhältnis von Einnahmen zu Ausgaben, aufgrund der vielfältigen Aufgaben als große Kreisstadt, bestehen.

Personal

Beim Personalaufwand haben wir leider eine sehr unerfreuliche Entwicklung zu verzeichnen. In den letzten zehn Jahren stieg die Zahl der Personalstellen laut Haushalt von 219 im Jahr 2010 auf 257 im Plan für 2019. Dabei waren es im Jahr 2014 noch 217 Stellen. Also in den letzten fünf Jahre 40 Stellen erweitert. Das kann nicht sein. Weingarten gibt wenig Geld für Personal aus, weshalb wir einer moderaten Stellenerweiterung zugestimmt haben, aber sicher nicht in diesem Umfang. Da müssen noch einige Effekte (Teilzeitaufstockung) hinzu gekommen sein.

Diese Stellenerweiterung hat zur Folge, dass in Zeiten der Haushaltsstruktur Kommission, Abschaffung der Klosterfestspiele, Verkauf des Krankenhauses, Übertragung der Müllverwaltung an den Kreis die Personalausgaben von knapp 11 Mio. in 2010 auf 16 Mio. im Plan 2019 um 45 Prozent gestiegen sind. So darf es nicht weiter, schreibt schon der Kämmerer in seinem Bericht.

Mehr Personal bedeutet mehr Aktivitäten, die wir uns sowieso nicht leisten können. Aber der Aufwand für Sach- und Dienstleistungen ist laut

Haushaltsanalyse der IHK Bodensee-Oberschwaben in Weingarten nur von 398,00 € im Jahr 2010 auf 442,00 € im Jahr 2017 gestiegen. Also lediglich um gut 10 Prozent. Berücksichtigt man die Inflation in dieser Zeit, bedeutet dies im Ergebnis: Mit mehr Personal weniger umgesetzt, bezogen auf die Sachausgaben. Hier sind wir von Platz 42 in 2010 auf Platz 85 in 2017 abgefallen und weit unterdurchschnittlich. In Bodensee-Oberschwaben belegen wir den letzten Platz mit 442,00 € Aufwand für Sach- und Dienstleistungen. Der Durchschnittswert in Baden-Württemberg liegt bei 566,00 €, also 28 Prozent über dem von Weingarten. Laut Haushaltsplan 2019 fällt dieser Wert auf unter 400,00 €, also auf das Niveau von 2010.

Schulden

Wir bezahlen 2018 mehr als eine halbe Million für Zinsen. Die kommende Last durch das durchaus sinnvolle Projekt der Entwicklung der Schulen wird uns in erhebliche Schwierigkeiten bringen. Deshalb sind drastische Maßnahmen notwendig. Auch dies sieht die Verwaltung ebenso.

Eine Entlastung kommt nicht. Vielmehr werden die Belastungen durch die Pflichtaufgaben wie Kinderbetreuung, Vorhalten von Schulgebäuden und der Infrastruktur sowie der lieb gewonnenen Freizeit- und Kultureinrichtungen steigen.

Handlungsmöglichkeiten

Die Haushaltsstruktur Kommission war tätig und hat Vorschläge gemacht. Diese müssen konsequent umgesetzt werden, auch wenn der Ertrag gering ausfallen wird. Der Verkauf von Grundstücken ist endlich. Auch wenn noch ein paar Teilstücke verkauft werden können, muss hier zwingend eine strukturelle Veränderung her. Das Kultur- und Kongresszentrum Oberschwaben hat uns Jahrzehnte tolle Dienste erwiesen und wir können Stolz darauf sein. Das Konzept muss aber gründlich beleuchtet werden. Die Einnahmen-Ausgaben Situation muss für die Stadt verbessert werden. Dieser Veränderungsprozess ist bereits gestartet und ist uns allen wichtig.

Wie sieht also die Strategie zur Stabilität des städtischen Haushalts aus, wenn bei den gerade genannten Themen nicht viel zu holen ist?

1. Kinderbetreuung und Schulen

Erstens: Wir müssen Land und Bund in die Pflicht nehmen. Die Kommunen können die Belastungen bei der Kinderbetreuung und den Schulen nicht selbst stemmen. Bei der Kindergarten- und Kleinkindbetreuung sind die Ausgaben von knapp 3 Mio. im Jahr 2010 auf 7 Mio. im Plan 2019 gestiegen. Die Einnahmesituation kann dies nicht im Ansatz ausgleichen. Von den Eltern können keine höheren Beiträge erwartet werden. An dieser Stelle sind wir Gemeinderäte gefordert politisch Einfluss zu nehmen. Das geht so auf Dauer nicht gut und zwar nicht nur bei uns.

Bei den Schulen bieten wir wie bekannt ist, den Kindern aus den umliegenden Gemeinden Schulplätze in vier verschiedenen Schularten der weiterführenden allgemein bildenden Schulen an. In der Realschule ist der Anteil auswärtiger Kinder gar über 50 Prozent. Daher ist es folgerichtig, dass das Land einen Schulneubau mit über 60 Prozent finanziell unterstützt. Leider beziehen sich diese 60 Prozent, wie wir gelernt haben, auf einen vom Land festgesetzten Betrag pro gebauten Quadratmeter, welcher soweit von der Realität abweicht, dass uns lediglich rund 30 statt 60 Prozent Förderung bleibt. Hier muss das Land nachjustieren und in der Höhe unterstützen wie es ursprünglich gedacht war. Ansonsten wird es mittelfristig in den Städten nicht ausreichend Schulplätze für das Umland geben. Daher muss nicht nur die Stadt Weingarten beim Land diese notwendigen Mittel einfordern, sondern aufgrund eigener Betroffenheit auch die umliegenden Gemeinden.

2. Verwaltung

Wie bereits beschrieben, müssen wir uns in der Verwaltung schlanker aufstellen. Das sehen wir genauso wie der Kämmerer. Haben wir keine Grundstücke mehr zu verkaufen, benötigen wir auch keine Planer mehr. Haben wir keine Liegenschaften mehr, benötigen wir auch keine zuständige Person für Liegenschaften. Haben wir weniger Grünflächen und keine Zuständigkeit für die Straßenbeleuchtung, benötigen wir auch weniger Personal im Bauhof. Haben wir keine Müllverwaltung mehr, benötigen wir auch hier weniger Personal.

Des Weiteren muss mittels schleunigster Umstellung auf digitalisierte Prozesse Personal eingespart werden. Anträge in Papierform, Öffnungszeiten und Aktenablage gehören der Vergangenheit an. Landesweite Plattformen sind für die Kommunen bereits vorhanden. Wir müssen dringend in die Umsetzung gehen.

Und eine Einrichtung „Bürgerbüro“ ist kein Argument für die Ausweitung des Personals. Die Arbeit wird dadurch nicht mehr, sie wird lediglich bürgerfreundlicher gestaltet. Die Stelle Leiter Bürgerservice darf also keine zusätzliche Stelle sein.

Es gibt also Einsparpotenzial im Personalbereich.

3. Konzepte / Gutachten

Erheblich weniger Geld sollten wir zukünftig für das Erstellen von Konzepten ausgeben. Die Konzepte aus der nahen Vergangenheit zeigen dies wieder deutlich. Externe Berater machen sich mühevoll auf den Weg um ein Konzept zu erstellen, welches wir mit unseren Erfahrungen und Wünschen einfach wieder umschreiben. So wurden aus einem Schulverbund mit einem gemeinsamen Schulneubau wieder Einzelschulen gemacht, bei denen sogar ein getrennter Pausenhof diskutiert wird. Übrig bleibt ganz nüchtern: Wir renovieren was wir finanzieren können und mehr

Platz gibt es auch nicht - fertig. Und beim Thema Kultur macht uns die Kulturkonzeption die Finanzierung der Kultur in Weingarten auch nicht einfacher. Daher ein Appell an die Verwaltung: Erstellen Sie Ihre Konzepte selbst. Die Kompetenz dazu haben Sie.

4. Kooperationen

Zum Schluss folgt auch in diesem Jahr der Hinweis auf die Prüfung von möglichen Kooperationen. Wir wissen, dass die Stadtverwaltung mit Nachbargemeinden im guten Austausch ist. Sie können sich gewiss sein, dass der Gemeinderat die Prüfung weiterer Zusammenarbeit begrüßen würde. Bereiche wie Kultur, Volkshochschule, Feuerwehr, Schulen und Bauhof sollen hier lediglich als Beispiele angesprochen sein.

Wir müssen in der Landespolitik überzeugende Argumente liefern, weshalb große Kreisstädte wieder stärker unterstützt werden müssen. Weiter müssen wir effizienter arbeiten und Personalkosten reduzieren. Außerdem müssen Kooperationen mit den Nachbargemeinden intensiviert werden, im Interesse aller.

Für einen Beschluss des Haushaltsplan 2019 stellt die CDU Fraktion folgende Anträge, im Wissen, dass die wichtigste finanzielle Herausforderung erst in den Folgejahren auf uns zukommt.

Anträge

1. kein weiterer Personalaufbau

Wir beantragen, dass für jede zukünftig neu eingerichtete Personalstelle eine andere Stelle aufgelöst wird. Dies wird mittels Umsetzung der Digitalisierung erreicht bzw. aufgrund weggefallener Zuständigkeiten / Aufgaben.

2. Poolstellen und Bürgerbüro

Wir beantragen, die eingerichteten drei sogenannte „Poolstellen“ zur temporären Entlastung einzelner Bereiche wieder abzuschaffen. Die vorhandenen drei Poolstellen werden auf zu besetzende Stellen untergebracht, ohne die Personalzahl zu erhöhen. Des Weiteren wird die Einführung einer Leitung des neuen Bürgerbüro personalneutral umgesetzt. Eine Personalaufstockung ist hier nicht notwendig. Aufgrund dieser beiden Regelungen beträgt die geplante Personalzahl 253 statt 257 im Jahr 2019.

3. Sperrvermerk Konzept „Parkraumbewirtschaftung“

Wir beantragen, das Konzept zur Parkraumbewirtschaftung mit städtischen

Mitarbeitern umzusetzen. Daher wird ein Sperrvermerk für das Parkraum-Konzept mit geplanten Kosten von 50.000,00 € vorgesehen.